

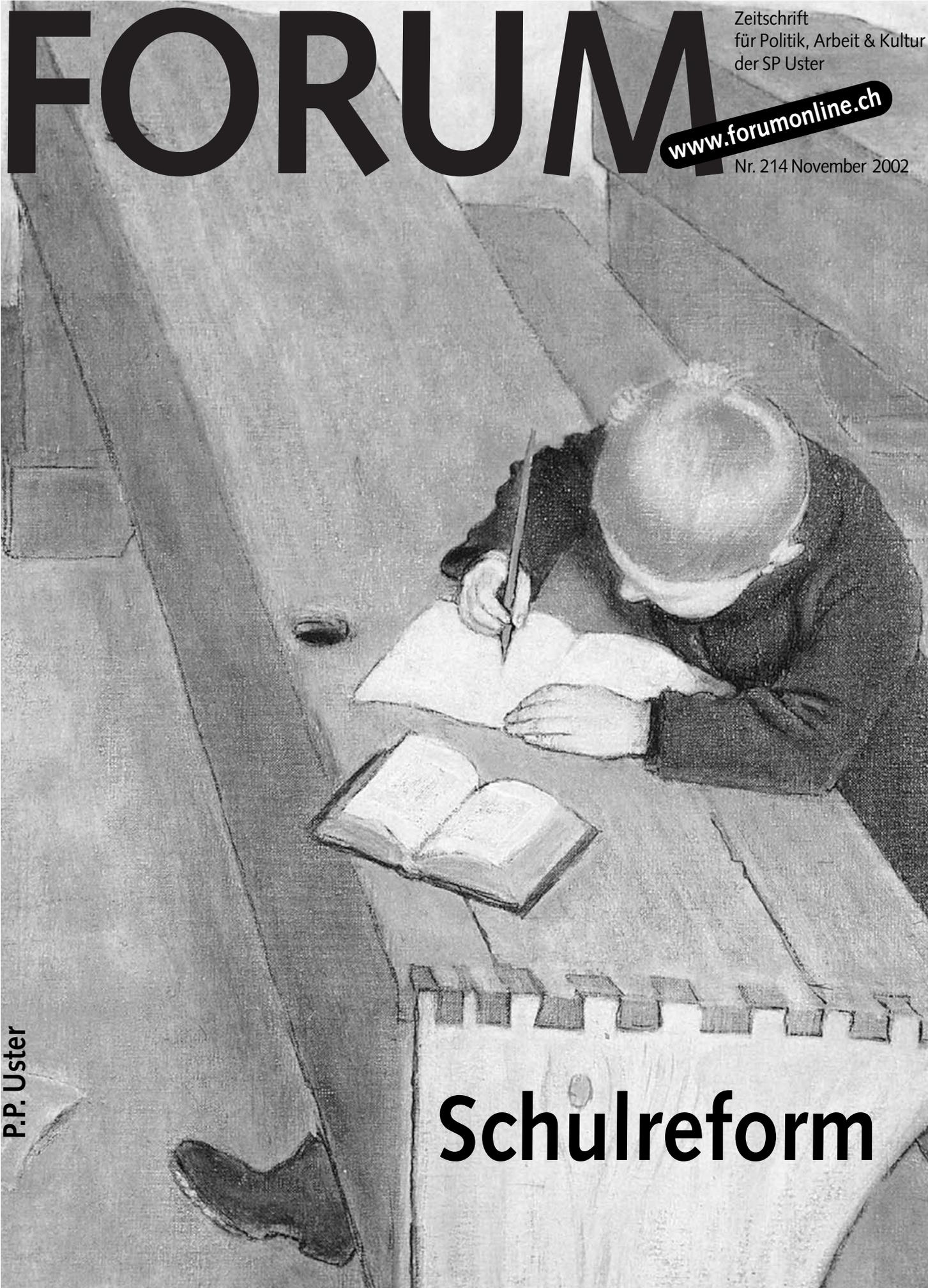
FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 214 November 2002

P.P. Uster



Schulreform

Inhalt

Die Grundstufe entspricht einem Bedürfnis der Kinder 3

Volksschulreform: Knackpunkt Grundstufe: Was ist das?

Ja zu einer Schule für alle 4

Volksschulreform: Darum geht es

Von Chantal Galladé, SP-Kantonsrätin

Zum Wohle der Kinder? 6

Volksschulreform: Warum eine kleine Gruppe Linker dagegen ist

Von Charles Spillmann, SP-Kantonsrat

Eine Starthilfe für junge Menschen 7

Kantonale Volksabstimmung: Ja zu Integrationskurse

Von Susanna Rusca, SP-Kantonsrätin

Dreimal Ja 8

Gemeinde-Abstimmung: Unbestrittene Geschäfte

Von Stefan Feldmann, Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Abstimmungsparolen 8

Eine Schweiz ohne Asyl? 9

Eidgenössische Abstimmung: Nein zur Asylinitiative

Von Jonas Zurbrügg

Historischer Sozialabbau 10

Eidgenössische Abstimmung: Nein zum Arbeitslosenversicherungs-Gesetz

Von Sarah Eichenberger

Who is who in der SP Uster 11

Veranstaltungskalender 12

Editorial



Die Situation ist paradox: Das Volksschul-Gesetz, über welches wir am 24. November abstimmen, entspricht in vielen Teilen alten, ja uralten Forderungen der SP: Es bringt Mittagstische, Aufgabenhilfe, Tagesstrukturen. Blockzeiten sind künftig zwingend vorgeschrieben und nicht mehr dem Gutdünken

der Gemeinden überlassen. Der finanzielle Beitrag der Eltern für die ausserschulische Betreuung ist einkommensabhängig ausgestaltet. Reiche Gemeinden werden zugunsten der armen Gemeinden stärker belastet. Die LehrerInnen erhalten mehr Mitsprache und Verantwortung, die Rechte und Pflichten der Eltern werden verankert. Beiträge an Aufgabenhilfe, Gelder für Integrationsbemühungen können künftig nicht mehr einfach gestrichen werden, wenn die Sparwut ausbricht. Die Chancengleichheit für alle Kinder ist zentraler Leitgedanke des neuen Gesetzes.

Trotz all dieser Erfolge mache ich in Gesprächen mit links- und sozialdenkenden Menschen aber die Erfahrung, dass sie dem Gesetz skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Der Grund hat einen Namen: Ernst Buschor. Man hat ja so seine Erfahrungen mit diesem Reformturbo gemacht. Und Frühenglisch und Computerrunterricht sei sowieso nur im Interesse der Wirtschaft. Und durch die Abschaffung des Kindergartens dürften Kinder nicht mehr Kinder sein. Gegen die beiden letzten Punkte lassen sich viele gute Argumente ins Feld führen, lesen sie nur die Beiträge von Marlies Stopper und Chantal Galladé in diesem FORUM (Seiten 3 bis 5). Aber wie soll man gegen den Buschor-Reflex ankommen? Ich gebe offen zu, er macht mich sprachlos. Hier versagen Fakten.

Ein weiteres Argument, das ich oft höre: Die LehrerInnen müssten es ja am besten wissen, doch die seien sich ja auch alles andere als einig. Stimmt, nur: Wenn man sich ein wenig anschaut, welche Verbände und Gruppierungen dafür und welche dagegen sind – und damit meine ich nicht mal den VPM, welcher das Gesetz natürlich aufs heftigste bekämpft –, dann fällt auf, dass sich vor allem einzelne Gruppierungen der Mittelstufe (4. bis 6. Klasse) oder gar der Oberstufe gegen die Reform aussprechen, während die am meisten Betroffenen, die UnterstufenlehrerInnen (1. bis 3. Klasse) und die KindergärtnerInnen, klar für das Gesetz eintreten. Der Knackpunkt hier: die Grundstufe. Mit dem neuen Gesetz würde der Kindergarten in die Schule integriert. Und unter den LehrerInnen – so wurde mir von Verbandsinsidern erklärt – herrscht ein starkes Prestigedenken: Je höher die Stufe, desto höher das Ansehen. Und wenn jetzt also die KindergärtnerInnen auch LehrerInnen werden sollen, verschwindet eben eine Stufe auf dieser Prestigeleiter, wird das Prestige derjenigen ganz oben folgerichtig etwas kleiner. Ein guter Grund, das Gesetz abzulehnen?

Die Bildung ist immer ein schwieriger Politbereich gewesen, weil alle davon betroffen sind oder waren, sei es als LehrerIn, als Eltern oder als ehemalige SchülerIn (die aktuellen haben ja nichts zu sagen...). Und so tauchen Argumente auf, denen es oft an einer gesicherten Faktenlage fehlt. Darum meine Aufforderung: Beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz, prüfen Sie es auf Herz und Nieren und entscheiden sie dann. Lassen Sie nicht einfach dem Buschor-Reflex freien Lauf. Die Schule, vor allem aber die Kinder, hätten es nicht verdient.

Stefan Feldmann

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage: 9600
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion: Dagmar Anderes, Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Rolf Murbach,
Layout: Fredi Gut
Vertrieb: Stefan Feldmann
Druck: Ropress Zürich
Titelbild: Ernst Würtenberger, Auf der Schulbank, 1909

Volksschulreform: Knackpunkt Grundstufe: Was ist das?

Die Grundstufe entspricht einem Bedürfnis der Kinder

Die Grundstufe ist das bedeutendste Reformprojekt der am 24. November 2002 zur Abstimmung gelangenden Bildungsvorlagen. An ihr gehen die Emotionen hoch. Die Gegner der Grundstufe plädieren vehement für die Beibehaltung des Kindergartens. Ihre Argumentation ist jedoch geprägt von romantischen Erinnerungen an die eigene Kindergartenzeit und von Fehleinschätzungen über die tatsächliche Situation des heutigen Kindergartens. Vom aktuellen Bedürfnis der Kinder sprechen sie nicht.

Von Marlies Stopper,
Präsidentin der Vereinigung
Zürcherischer Kindergartenbehörden

Seit mehr als zehn Jahren läuft in der Schweiz die Diskussion um die Flexibilisierung des Schuleintritts. Es ist längst bekannt, dass sich die Kinder nicht auf einen im Gesetz festgelegten fixen Zeitpunkt schulbereit machen lassen. Denn die Schulbereitschaft hängt massgeblich vom Entwicklungsstand der einzelnen Kinder ab. Es gibt immer mehr sechsjährige Kinder, die den Entwicklungsstand eines achtjährigen Kindes aufweisen und ebenso viele, die erst den Entwicklungsstand eines vierjährigen Kindes haben. Unser Schulsystem muss auf diese Realität reagieren. Das bisherige System Kindergarten/Primarschule versagt, weil im Kindergarten die Einführung ins Lesen, Schreiben und Rechnen gesetzlich untersagt ist. Lernbereite Kinder werden dadurch unnötig gebremst und zur autodidaktischen Aneignung dieser Kulturtechniken ausserhalb des Kindergartens gezwungen. Die Grundstufe dagegen verbietet den Kindern das Erlernen der Kulturtechniken nicht. Sie ermöglicht vielmehr den Kindern eine individuelle, dem Entwicklungsstand angepasste Förderung.

Sicherung der bewährten Kindergartenpädagogik

Die dreijährige Grundstufe führt den bisherigen zweijährigen Kindergarten und die erste Klasse zusammen. Schnell lernende Kinder können die Grundstufe in zwei Jahren durchlaufen. Kindern mit Lernschwierigkeiten steht die Grundstufe vier Jahre offen. Jedes Kind, das die Grundstufe verlässt, hat das Lehrziel der heutigen ersten Klasse erreicht. Im weiteren wird die Grundstufe, welche eine Gruppengrösse von max. 22

Kindern vorsieht, während der Hälfte der Unterrichtszeit von zwei Lehrpersonen geführt. Beschäftigt sich die eine Lehrperson mit den Kindern, die lesen, schreiben und rechnen lernen, sorgt die andere Lehrperson bei den übrigen Kindern für den Unterricht, der dem heutigen Kindergarten entspricht. Mit der Grundstufe bleibt also – entgegen aller Unkenrufe – die bewährte und wertvolle Kindergartenpädagogik voll erhalten.



Ein im Vergleich zu heute erhöhter Leistungsdruck ist nicht zu befürchten, weil den Lehrpersonen wie im heutigen System drei Jahre zur Verfügung stehen und kein höher gestecktes Lehrziel als heute zu erreichen ist. Entlastend wirkt der Umstand, dass neu nicht mehr

nur eine Lehrperson, sondern zwei die Kinder fördern. Weil die Grundstufe zur kantonalen Volksschule gehört, greifen Angebote wie Blockzeiten, Tagesstrukturen zur Betreuung der Kinder, Elternmitwirkung, Förderung der fremdsprachigen Kinder etc. ebenfalls. Auch die integrative sonderpädagogische Förderung der Kinder ist selbstverständlich mit Stütz- und Fördermassnahmen vorgesehen.

«Kindergarten plus»: Gefährliche Alternative

Die Gegnerschaft der Grundstufe propagiert den «Kindergarten plus», die Beibehaltung des Kindergartens unter Zulassung der Kulturtechniken (schreiben, lesen, rechnen). Wer den Kindergarten tatsächlich kennt, weiss, dass der Kindergarten in seiner heutigen Ausgestaltung am Limit steht. Wenn ihm noch weitere zusätzliche Aufgaben auferlegt werden, ohne strukturelle Veränderungen vorzunehmen, erhöht sich der Leistungsdruck und es entsteht eine akute Zeitnot, weil die Kindergartenlehrpersonen weiterhin alles in nur zwei Jahren und erst noch allein zu erfüllen haben. Unter die Räder kämen die schwächeren Kinder. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Entwicklung die heutige gute Qualität dieser Stufe in höchstem Mass gefährdet. Was nützt uns die formelle Erhaltung des zweijährigen Kindergartens, wenn wir die wertvolle und bewährte Kindergartenpädagogik nicht mehr sicherstellen können? Die Kindergartenstufe benötigt zur Sicherung der Kindergartenpädagogik dringend eine Reform.

Grundstufe wird 4 Jahre lang erprobt

Grosse Reformprojekte benötigen zur Entwicklung und Umsetzung Zeit. Für die vorgängige Erprobung der Grundstufe fehlt heute im geltenden Recht die gesetzliche Grundlage, denn die Kindergartenstufe untersteht den einzelnen Gemeinden und nicht der Bildungsdirektion. Das neue Gesetz sieht die Kantonalisierung dieser Stufe vor und ermöglicht dadurch die Erprobung der Grundstufe. Mit der voraussichtlichen Inkraftsetzung des neuen Schulgesetzes im Jahre 2004 ist eine mindestens vierjährige Erprobung der Grundstufe vorgesehen. In dieser Zeit wird auch der Rahmenlehrplan entwickelt und die Nachqualifikation der Lehrpersonen eingeleitet. Die flächendeckende Einführung der Grundstufe erfolgt gestaffelt, voraussichtlich ab 2008. Die Umstellung wird erst in zehn Jahren, nämlich 2012 beendet sein.

Volksschulreform: Darum geht es

Ja zu einer Schule für alle

Warum brauchen wir ein neues Volksschulgesetz? Das alte Gesetz stammt aus dem vorletzten Jahrhundert und ist ein Flickwerk. Vieles hat sich verändert. Die Gesellschaft, die Arbeitswelt und die Schule sehen anders aus als vor hundert Jahren. Unsere Volksschule ist heute mit anderen Herausforderungen und Problemen konfrontiert und die Kinder wachsen anders auf. Auf all diese Veränderungen brauchen wir Antworten und Lösungen.

Von Chantal Galladé, SP-Kantonsrätin

Das neue Gesetz erfüllt fast alle SP-Forderungen der letzten Jahre im Schulbereich. So werden vierstündige Blockzeiten am Morgen ab dem Jahr 2004 keine Vision mehr bleiben. Sie sollen in allen Gemeinden und Städten des Kantons eingeführt werden. Mittagstische, Aufgabenhilfe oder Horte müssen eine Betreuung der Kinder am Nachmittag gewährleisten. Denn immer mehr Kinder wachsen in einem Eineltern- oder Doppelverdienerhaushalt auf. Auch sie haben das Recht, ihre Freizeit gut betreut und in anregendem Umfeld zu verbringen. Der finanzielle Beitrag der Eltern für diese auserschulische Betreuung ist einkommensabhängig. Die SP hat sich dafür eingesetzt, dass der Kanton den Gemeinden an diese Betreuung etwas bezahlen muss. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat hat jedoch beschlossen, diese Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen. Das ist stossend, für uns aber kein Grund das Gesetz abzulehnen.

Grundstufe: KindergärtnerInnen dafür

Weiter hat die Mehrheit im Kantonsrat die Einführung der Grundstufe beschlossen, nachdem der Regierungsrat diese aus dem Gesetz gekippt hat. Das bedeutet, dass der heutige Kindergarten und die erste Klasse zu einer Stufe verschmelzen. Die Grundstufe wird in der Regel von den Kindern in drei Jahren durchlaufen, kann aber auch zwei oder vier Jahre dauern. Der Stoffplan bleibt genau derselbe wie in der heutigen 1. Klasse. Die Kinder haben nun aber drei Jahre dafür Zeit. Sie beginnen dann zu lernen, wenn sie bereit dazu sind. Die Grundstufe geht mehr auf die individuelle Entwicklung des einzelnen Kindes ein. Das ist auch der Grund, weshalb die Kindergärtnerinnen sich stark für die Einführung der Grundstufe engagieren.

Eine weitere Neuerung sind die geleiteten Schulen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter erhält damit mehr Kompetenzen. Diese Person hilft auch bei der Beurteilung und Einstellung der Lehrpersonen mit. Die Zusammenarbeit der Lehrkräfte wird im Gegensatz zu heute verstärkt, so wie das schon viele Schulen im Rahmen des Projektes TaV (Teilautonome Volksschulen) erfolgreich erprobt haben.

Durch den grösseren Gestaltungsraum, den die Schulen erhalten, werden die heute oft

enaufsicht zurück. Diese kennt übrigens kein anderer Kanton der Schweiz.

Chancengleichheit herstellen

Die Auswertungen der PISA-Studie haben gezeigt, dass es der heutigen Volksschule nicht gelingt, eine Chancengleichheit herzustellen. Wir schaffen es nicht, dass Kinder aus tieferen sozialen Schichten und bildungsfernen Familien die gleichen Möglichkeiten haben, wie Kinder aus besseren Verhältnissen. Wir schaffen es nicht,



überlasteten Gemeindeschulpflegen entlastet, die Bezirksschulpflegen werden gar überflüssig. Es macht keinen Sinn, dass eine dritte Instanz auch noch Schulbesuche durchführt. Viel mehr soll eine professionelle Fachstelle die Qualität der Schule als Ganzes überprüfen. Damit ist ein kantonal einheitlicher Qualitätsstandard gewährleistet. Die Schulen, welche diese Form schon ausprobiert haben, schätzen die professionelle Kritik von Fachleuten. Sie finden, die Anregungen und die zusammen ausgearbeiteten Verbesserungsvorschläge brächten den Lehrpersonen und Schulen viel. Die Probe-Schulen möchten nicht mehr zum heutigen System der doppelten Lai-

den Kindern aus ärmeren Gemeinden die gleichen Chancen haben, das Gymnasium zu besuchen, wie die Kinder aus reichen Gemeinden. Das darf nicht sein. Insbesondere die SP will sich nicht damit zufrieden geben. Wir müssen alles in unserer Möglichkeit stehende dafür tun, dass alle Kinder unabhängig ihrer Herkunft, dieselben Chancen haben. Eine gute Betreuung und Aufgabenhilfe sind eine Voraussetzung dafür. Es braucht jedoch mehrere Massnahmen, um unserem Ziel näher zu kommen. So sollen Kinder mit besonderen Bedürfnissen vermehrt in ihrer Regelklasse bleiben können und für Spezialförderung in Einzelstunden herausgenommen wer-



den. Schulen mit hohem Fremdsprachigenanteil sollen speziell unterstützt werden und die Zusammenarbeit mit den Eltern wird verstärkt. Durch die Schülerpauschale mit Sozialindex sollen die Gemeinden, welche stark belastet sind finanziell stärker unterstützt werden als reiche Gemeinden mit wenig Problemen.

Neu werden auch Frühenglisch und der Gebrauch des Computers als Arbeitsinstrument möglich. Das ist wichtig für die Kinder, welche keinen Computer zu Hause haben und für die Kinder, deren Eltern sich nicht leisten können, ihre Kinder privat ins Englisch zu schicken.

Gesetz kann nicht alle Probleme lösen

Oft kommt die Frage: «Warum regelt das Gesetz dies und jenes nicht ganz genau?» Ein Gesetz muss immer einiges offen lassen. Das ist auch bei allen anderen Gesetzen so. Ein Gesetz setzt immer nur einen Rahmen. Es muss möglich sein, die Schule den gesellschaftlichen Veränderungen laufend anzupassen. Dafür brauchen wir einen entsprechenden Spielraum im Gesetz. Zudem haben auch die Gemeinden unterschiedliche Bedürfnisse. In einer kleinen Gemeinde muss die Kinderbetreuung zum Beispiel anders gelöst werden als in einer grösseren Stadt wie Uster. Beides muss im gesetzlichen Rahmen möglich sein.

Oft hört man auch Argumente wie: «Die Kinder können nicht mehr richtig Deutsch.» Oder: «Die Eltern vernachlässigen die Erziehung

ihrer Kinder.» Das Gesetz sieht zwar Massnahmen vor, die das Erlernen der deutschen Sprache fördern. Weiter sind darin die Möglichkeiten der Elternmitsprache und die Pflichten der Eltern definiert. Vollständig lösen lassen sich gesellschaftlichen Probleme nicht mit einem Schulgesetz. Die meisten Probleme, die genannt werden, haben nichts mit dem Volksschulgesetz zu tun. Bei Annahme des Gesetzes sind wir der Lösung dieser Probleme aber einen Schritt näher als mit dem alten Gesetz.

Eine gute Schule gibt es nicht gratis

Das beste Gesetz jedoch nützt nichts, wenn nicht das nötige Geld für eine gute Umsetzung gesprochen wird. Es wird deshalb ganz wichtig sein, dass wir die befürwortenden Parteien FDP und CVP daran erinnern, dass sie diese Volksschulreform mit uns zusammen wollten. Eine gute Schule gibt es nicht gratis.

Die Schule wird aber auch teurer, wenn wir dieses Gesetz ablehnen, denn gewisse Entwicklungen lassen sich nicht aufhalten. Der Vorteil bei einem Ja ist: Wir haben mehr gesetzlich gebundene Ausgaben. Während heute Kredite für QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen), Aufgabenhilfe oder Deutsch für Fremdsprachige einfach gekürzt werden können, wenn die Sparwut ausbricht, sind solche Sparmassnahmen künftig nicht mehr möglich.

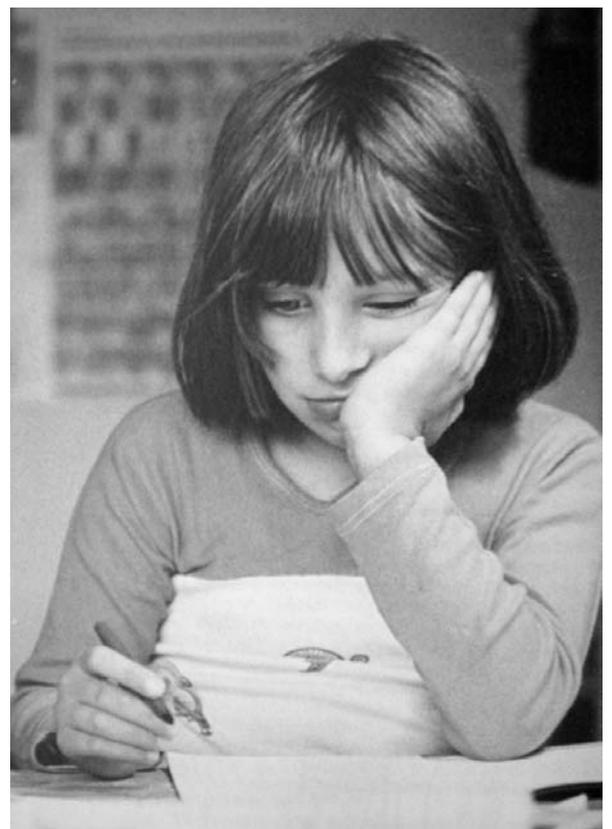
Konsequenzen eines Neins

Wer am 24. November ein Nein in die Urne legt, gefährdet somit vor allem die Chancengleichheit. Geleitete Schulen (TaV) werden nicht mehr möglich sein, weil ihnen die gesetzliche Grundlage fehlt. Der QUIMS-Kredit läuft 2005 aus. Gerade belastete Gemeinden werden darunter leiden, wenn dieses Projekt nicht weitergeführt wird. Die reichen Gemeinden werden es sich leisten können, Englisch, Computer und Blockzeiten trotzdem anzubieten. Die armen Gemeinden und Städte haben diese Möglichkeit nicht. Reiche Eltern werden ihre Kinder vermehrt in Privatschulen schicken, wo solche Angebote längst bestehen. Dadurch wird der

Unterschied zwischen armen und reichen Gemeinden, zwischen Kindern aus besseren und schwierigen Verhältnissen bei einem Nein weiter verstärkt. Ein Nein gefährdet die Chancengleichheit und es gefährdet eine starke öffentliche Schule für alle.

Das Gesetz legt einen guten Rahmen für unsere Volksschule. Es liegt auch an der SP, diesen Rahmen gut auszufüllen. Unsere Leute in den Gemeinden, in den Schulpflegen und im Bildungswesen müssen sich für eine gute Umsetzung dieses Gesetzes stark machen. Unsere Leute in Sektionen, Parlamenten und Regierungen müssen sich dafür einsetzen, dass genügend finanzielle Mittel für eine gute Umsetzung gesprochen werden.

Wer Ja sagt, sagt Ja zu einer Schule für alle. Kritik zu einzelnen Punkten ist kein Grund, die ganze Reform abzulehnen. Bei einem Nein am 24. November verlieren wir alle. Bei einem Ja können alle gewinnen: die Kinder, die Eltern, die Lehrkräfte, die Schulen, die Gesellschaft und die Wirtschaft. Deshalb sagen wir Ja zu unserer Schule.



Volksschulreform: Warum eine kleine Gruppe Linker dagegen ist

Zum Wohle der Kinder ?

Die SP-Kantonsratsfraktion hat mit überwiegendem Mehr der Volksschulreform zugestimmt und der Parteivorstand hat einstimmig die Ja-Parole beschlossen. Dennoch ist das Gesetz auch in linken Kreisen nicht ganz unumstritten. Eine kleine Minderheit lehnt das Gesetz ab.

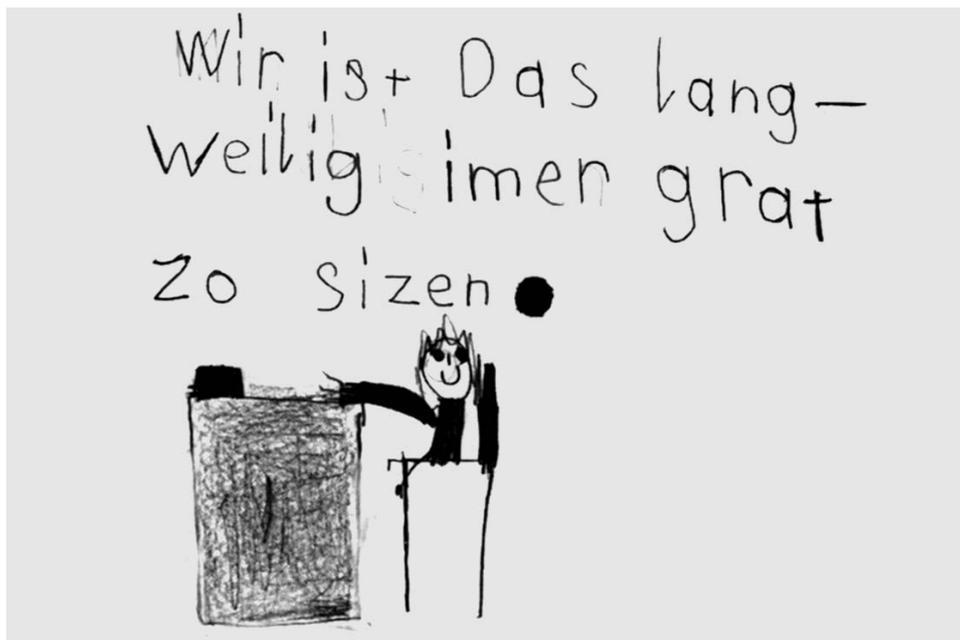
Von Charles Spillmann, SP-Kantonsrat

Ende November kommt das neue Volksschulgesetz (VSG) zur Abstimmung. Die Mehrheit des Kantonsrats hat es frenetisch begrüsst als Jahrhundertwerk zum Wohl unserer Kinder. Ich nicht. Zusammen mit EVP, SVP und einem Teil der Grünen lehne ich es ab, leider als einziger Sozialdemokrat. Meine Gründe sind folgende:

Linksliberaler Beraterfilz

Gesellschaft und Schule haben Probleme. Die Schichten unseres Volkes driften auseinander. Und was tun wir? Wir antworten im neuen Volksschulgesetz mit Strukturreorganisationen, das bringt aber erfahrungsgemäss wenig. Diese Reorganisationen schaffen wie in der Wirtschaft nur Anreize für weitere Reorganisationen usw. Das freut vor allem den linksliberalen Beraterfilz. Das VSG bringt dem Bildungswesen mehr Zentralismus, das gesteht der Bildungsdirektor ein. Eine zentralistischere Führung bedeutet aber auch mehr Bürokratie; z.B. (neben unendlichen Sitzungszeiten) in der Form ständiger Umfragen pseudowissenschaftlicher Art... Fachleute nennen diese Art von Evaluation «wissenschaftsnah». Sie dient zur Überwachung und Steuerung des Systems Schule und gibt sich objektiv-neutral.

Demokratische direkte Einflussnahme stört die Absichten des «New Public Management». Deshalb wird sie nach Möglichkeit eliminiert. So geschehen und vorgesehen mit der Abschaffung der Bezirksschulpflegen. Diese Behörde ist unfair behandelt worden: Der Regierungsrat hat sie aus Spargründen halbiert und ein grosses Stück weit handlungsunfähig gemacht. Und jetzt schreit man: Seht, seht, die Bezirksschulpflege ist ja unfähig, sie muss durch eine Fachstelle ersetzt werden! Diese Fachstelle soll alle vier Jahre die Schulhauskultur (!) gemäss Fragebogen und Handbuch kontrollieren. Damit startet eine teure Experten- und Evaluationsbürokratie ihre fragebogentauglichen Systemüberprüfungen. Eine



reformierte, demokratisch gewählte Bezirksschulpflege leistet bessere Dienste – sie darf auch etwas kosten.

TAV muss verhindert werden

Um es deutlich zu sagen: Die Teilautonomen Schulen (TAV) müssen weg bzw. verhindert werden. Sogar die Untersuchungen der Bildungsdirektion zeigen ein mittelmässiges Bild. Die Erfahrungen im Kanton Luzern sind schlecht, in Basel konnten die teilautonomen Schulen bisher verhindert werden. Teilautonomie ist als reines Sparmodell in Umlauf gebracht worden: Mit TAV können die Bildungszentrale und das Parlament die von ihnen absichtlich verursachten Probleme (Finanznot durch Sparwut) einfach den Gemeinden zuschieben. Die sind ja teilautonom und werden sich schon zu helfen wissen... Der Staat ist eben zur Zeit kein zuverlässiger Partner für die Schule. Zudem: Was kann eine TAV-Schule, was die Schule nicht ohnehin kann? Und für die nahe Zukunft: TAV-Schulen sind Voraussetzung für die geplanten Privatisierungen gemäss GATS. Mit GATS aber öffnet sich der Bildungsindustrie ein Milliardenmarkt...

Sponsoring gehört nicht in eine Schule. Sponsoring ist selbst im Hochschulbereich problematisch. Es mischt sich immer ein. Bildung ist aber keine Ware, Kinder sind weder Kunden,

Werbeträger noch Humankapital, sondern Menschen. Sponsorengelder fliessen vor allem in reiche Gemeinden für technische Ausrüstung.

Wirtschaft redet zuviel drein

Das VSG erlaubt ausdrücklich erkleckliche Beiträge an die Internationalen Schulen. Das ist ein Skandal: Ausgerechnet jene internationalen Kreise, die ständig der Privatisiererei das Wort reden, beanspruchen Staatssubventionen für die Ausbildung ihrer Kinder an besonderen Schulen, verweigern jedoch jede Form von Integration! Diese Gelder werden der Volksschule fehlen - wie sagte der freisinnige Fraktionschef Hoesly im Rat: Die Reformen sollen kostenneutral organisiert werden.

Die Beteuerungen, endlich erhalte man eine Schule zum Wohle der Kinder sind ohne Inhalt. Das hat noch jede Schule von sich behauptet. Ganz im Gegenteil: Das neue Volksschulgesetz öffnet wirtschaftlichen Absichten in ungeahntem Masse die Türen zu Schule und Kindheit.

Wirtschaftliche Absichten, Euphorie und politisches Wunschdenken sind links und rechts schlechte Gehilfen für echte Schulreformen. Was wir brauchen sind Nüchternheit und klares Denken im Umgang mit erzieherischen und schulischen Fragen.

Kantonale Volksabstimmung: Ja zu Integrationskurse

Eine Starthilfe für junge Menschen

Am 24. November 2002 findet im Kanton Zürich eine Volksabstimmung über einen Kredit für kantonale Beiträge von 6,8 Millionen an Integrationskurse für 15 bis 20-jährige Fremdsprachige statt. Die Abstimmung ist nötig, weil der SVP-nahe Bund der Steuerzahler gegen den Kredit das Referendum ergriffen hat. Um was geht es?

Von Susanna Rusca,
SP-Kantonsrätin

Die zur Abstimmung gestellten Integrationskurse haben sich im Kanton Zürich über viele Jahre bewährt: Sie bieten fremdsprachigen Jugendlichen, die vom Alter her gerade nicht mehr schulpflichtig sind, wenn sie in die Schweiz kommen, die Möglichkeit, effizient Deutsch zu lernen. Die Kurse dauern ein Jahr und helfen den 15- bis 20-jährigen Fremdsprachigen neben dem Deutschunterricht Lücken in der Allgemeinbildung zu schliessen. Ziel dieser Einstiegs-kurse ist es, den Jugendlichen den Übergang in die Berufsbildung, in weitere Schulen oder in eine Erwerbstätigkeit zu erleichtern.

Und dieses Ziel erreichen die Kurse auch: Beinahe alle Jugendliche finden eine Anschlusslösung in der Arbeitswelt und etwa die Hälfte können sogar eine Berufsbildung beginnen. Wichtig zu wissen: In den Genuss solcher Integrationskurse kommen nur junge Fremdsprachige mit Aufenthaltsbewilligung B oder C. Die Integrationskurse stehen also in keinem Zusammenhang mit der Schweizer Asylpolitik, wie sie am 24. November ebenfalls zur Abstimmung steht!

350 Menschen eine Chance bieten

Mit einem Ja zum Kredit sichern wir den Schulträgern auch für die kommenden Schuljahre die kantonalen Beiträge für insgesamt etwa 350 Plätzen zu. Nur mit den Bundesgeldern allein könnten die bestehenden Integrationskurse



nicht weitergeführt werden. Wenn der Kanton keine Beiträge mehr leistet, würden die Gemeinden und Zweckverbände, welche die Integrationskurse führen noch mehr belastet. Dies hätte ein Abbau des Angebots zur Folge und würde interessierte Jugendliche, die keinen Kursplatz mehr fänden, sehr treffen.

Es ist bekannt, dass Jugendliche ohne Tagesstruktur in ihrer sozialen Entwicklung gefährdet sind und ohne Vorbereitung wird ihnen der Einstieg ins Berufsleben zusätzlich erschwert. Aus arbeitsmarktlichen und sozialpolitischen Überlegungen ist eine schulische Starthilfe nicht nur notwendig sondern auch kostengünstig.

In der Berufsbildungslandschaft ist zurzeit einiges in Bewegung. Das BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) hat Empfehlungen zu den Brückenangeboten erlassen. Dort sind die Bundessubventionen auch für die Integrationskurse definitiv geregelt. Für den Bund sind Integrationskurse ein Element, das eindeutig zur Berufsbildung gehört und nicht mehr aus ihr wegzudenken ist, solange fremdsprachige Jugendliche in die Schweiz einreisen.

Bewährtes Instrument der Integration

Ein wichtiger Blickwinkel der Kreditvorlage ist derjenige der Integration. Auch hier gibt es auf Bundesebene den – nicht mehr ganz neuen – Integrationsartikel. Einerseits stellt der Bund damit Mittel für die Integration zur Verfügung, andererseits fordert er die Kantone auf zu handeln. Wenn wir Fremdsprachige integrieren wollen, wo sollen wir beginnen, wenn nicht bei den Jungen? Und wo sollen wir beginnen, wenn nicht bei der Sprache? Der gekonnte Umgang mit der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration – sei es in die Gesellschaft, sei es in die Arbeitswelt. Selbst die SVP verlangt ja von den hier lebenden AusländerInnen, dass sie Deutsch lernen sollen. So ist es nun unverständlich, warum sie ihnen diese Möglichkeit nehmen will.

Die Integrationskurse haben sich als Instrument für die Integration bewährt. Sie erreichen ihre Ziele und dürfen deshalb nicht in Frage gestellt werden.

Gemeinde-Abstimmung: Unbestrittene Geschäfte

Dreimal Ja

Am 24. November kommen in Uster drei Vorlagen zur Abstimmung: Ein Kredit über 4,7 Mio. Franken für die Sanierung und Erweiterung des Betriebsgebäudes der ARA in Niederuster, die Revision der Gemeindeordnung der Oberstufenschulgemeinde Uster sowie ein Landverkauf im Gewerbegebiet Grossriet in Nänikon. Allen drei Vorlagen hat die SP-Fraktion im Gemeinderat zugestimmt.

Von Stefan Feldmann,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Uster wird nächstes Jahr erstmals 30'000 EinwohnerInnen zählen. Klar, dass auch die Kläranlage mit dieser Entwicklung Schritt halten muss. Deshalb sind hier in den nächsten Jahren grosse Investitionen nötig, in die Kanalisation einerseits, in die Abwasserreinigungsanlage (oder Kläranlage) andererseits. Für 4,7 Mio. Franken soll nun das Betriebsgebäude der ARA saniert und erweitert werden. Diese ist dringend nötig, entspricht sie doch bezüglich Arbeitssicherheit und -hygiene nicht mehr den kantonalen Richtlinien.

Ein erster Kredit des Stadtrates ist in der vorberatenden Kommission des Gemeinderates auf Kritik gestossen, so dass der Stadtrat nochmals über die Bücher gegangen ist und beinahe eine Million Franken aus dem Projekt gestrichen hat. Mit 4,7 Mio. Franken (inkl. 165'000 Franken für energetische Massnahmen gemäss Minergie) ist das Projekt nun so günstig, wie es nur sein kann. Die von den GegnerInnen kritisierte Glasfassade ist dabei nicht architektonischer Schnick-Schnack, sondern betriebswirtschaftliche Notwendigkeit: Würde an gleicher Stelle eine normale Backstein-Fassade gebaut, würde der davorliegende Raum so verengt, dass Lastwagen im Lieferdienst nicht mehr passieren könnten...

Auf dem Weg zur Einheitsgemeinde

Nachdem die politische Gemeinde letz-

tes Jahr ihre Gemeindeordnung totalrevidiert hat, zieht jetzt die Oberstufenschulgemeinde Uster nach. Dabei hat sie für ihre Gemeindeordnung diejenige der Stadt zum Vorbild genommen, so dass sie sich über weite Strecken gleichen. Die Oberstufenschulpflege will das als Bekenntnis zur Einheitsgemeinde verstanden haben. Einziger Streitpunkt im Gemeinderat waren erneut die Finanzkompetenzen. Diese sind – von einer Ausnahme abgesehen – gleich wie diejenigen der politischen Gemeinde. Und der Kampf über die Finanzkompetenzen wurden bei der seinerzeitigen Abstimmung über die Gemeindeordnung der Stadt geführt – und entschieden.

Land gegen Steuern

Für 2,9 Mio. Franken will die Stadt Uster schliesslich ein Grundstück in der Gewerbezone Grossriet in Nänikon an eine Grosshandelsfirma verkaufen. Diese ist im Verkauf von EDV-Zubehör tätig, beschäftigt 60 MitarbeiterInnen und macht einen Umsatz von 143 Mio. Franken. Mit dem Zuzug dieser Firma werden in Uster nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern es können auch zusätzliche Steuereinnahmen erzielt werden.

Einzelne LeserInnen mögen sich jetzt wundern, dass die SP-Fraktion diesem Landverkauf zugestimmt hat. Hat nicht die SP gerade eben einen Landverkauf in der Hohfuren bekämpft? Richtig! Aber: In der Hohfuren ging es um die Frage, ob und wie die Stadt Uster sich auf einem ausgetrockneten Wohnungsmarkt verhalten soll, ob sie Hand bietet für einen sozialen Wohnungsbau oder ihr Land weiterhin für Eigentumswohnungen für ein höheres Einkommenssegment verschern will. In Nänikon geht es hingegen um ein Grundstück in der Gewerbezone, es ist hier also gar kein Wohnungsbau – sozial oder nicht – möglich. Und Baurecht ist in Gewerbekreisen auch nicht üblich. Somit scheint der Handel Land gegen Steuern durchaus vernünftig.

Abstimmungsparolen

Bund

Nein zur Asylinitiative

Weil die SVP praktisch allen Flüchtlingen – auch den «echten» – das Asylrecht entziehen und so die humanitäre Tradition der Schweiz zu Grabe tragen will.

Nein zur Revision des Arbeitslosengesetzes

Weil sie ein Sozialabbau zulasten der Jungen, WiedereinsteigerInnen und der Älteren bringt – dies zugunsten der GrossverdienerInnen.

Kanton

Ja zur Volksschulreform (Volksschulgesetz)

Weil die Volksschule nach 100 Jahren eine neue Grundlage braucht, welche die Chancengleichheit aller Kinder sichert.

Ja zu den Integrationskurse

Weil so 350 Jugendliche pro Jahr besser Deutsch lernen und somit einen besseren Start in ihr Leben erhalten.

Ja zur Fernwärmeerschliessung Oberhauserriet

Weil so ein Entwicklungsgebiet in der «Glattalstadt» auf ökologisch sinnvolle Art und Weise mit Energie versorgt werden kann.

Gemeinde*

Ja zum ARA-Betriebsgebäude

Weil der Sanierungsbedarf der Kläranlage in Niederuster auch in der vorgeschlagenen Höhe ausgewiesen ist.

Ja zur Gemeindeordnung der Oberstufenschulpflege Uster

Weil sich die Revision stark an der neuen Gemeindeordnung der Stadt Uster anlehnt – ein erster Schritt hin zur Einheitsgemeinde.

Ja zum Landverkauf Grossriet (Nänikon)

Weil so ein zusätzlicher Betrieb mit vielen Arbeitsplätzen nach Uster geholt werden kann.

*Die Parolen der SP Uster lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die abgedruckten Parolen entsprechen dem Abstimmungsverhalten der SP-Fraktion im Gemeinderat.

Eidgenössische Abstimmung: Nein zur Asylinitiative

Eine Schweiz ohne Asyl?

Es gehe bloss darum, Missbräuche zu bekämpfen. Die Initiative richte sich nicht gegen «echte» Flüchtlinge, sondern gegen den Asyltourismus, gegen die kriminellen Asylanten, welche unseren Rechtsstaat missbrauchten. So behaupten die Frauen und Männer der SVP. Das Gegenteil ist war: Ein Ja zur Asylinitiative würde vor allem die «echten» Flüchtlinge treffen.

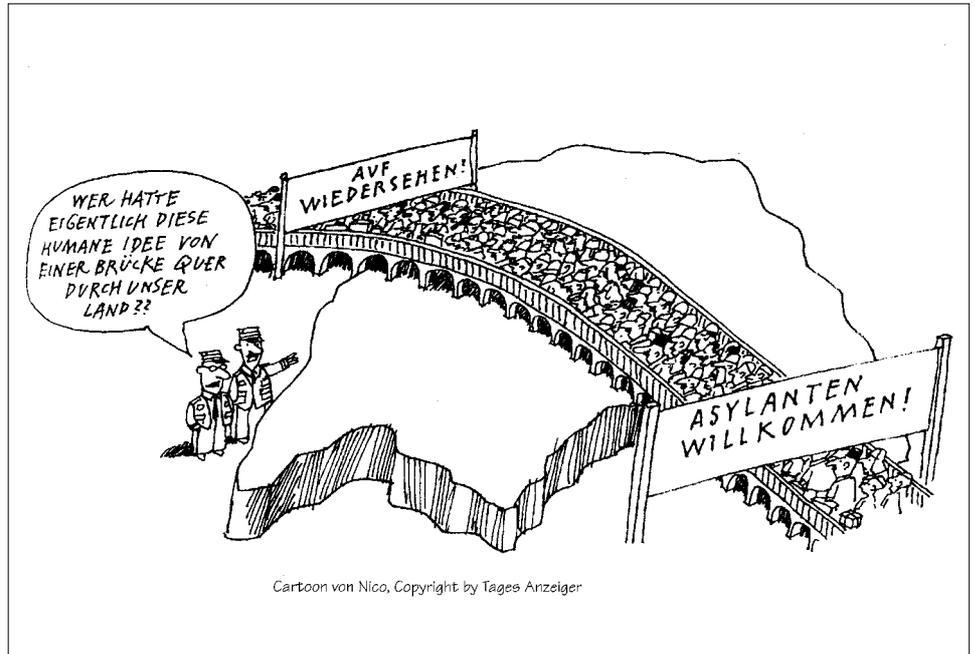
Von Jonas Zurbrügg

Die Initiative verlangt, dass alle Flüchtlinge – und gemeint sind wirklich alle, eine Ausnahmeklausel gibt es nicht – welche über ein sicheres Drittland in die Schweiz einreisen, vom Asylverfahren ausgeschlossen werden. Da die Schweiz nun aber ausnahmslos von solch sicheren Drittländern umgeben ist, hätte diese Klausel einschneidende Folgen: 98 Prozent der Asylsuchenden kommen heute auf dem Landweg in die Schweiz. Sie alle wären von der Drittstaatenklausel betroffen. Ob es sich dabei um Menschen handelt, welche vor den Folterknechten aus ihrer Heimat geflüchtet sind, um solche, die einem in ihrem Land wütenden Bürgerkrieg entkommen wollten oder um solche, welche sich bei uns Arbeit und ein besseres Leben erhoffen, spielt dabei keine Rolle: Auf ihre Asylgesuche würde künftig nicht mehr eingetreten.

Den Flüchtlingen – echt oder nicht – bliebe somit nur noch der Luftweg. Dieser ist aber gerade den «echten» Flüchtlingen verwehrt. Menschen, die in ihrem Heimatland verfolgt werden, können ja nicht gut durch den Flughafen spazieren, wo es vor Sicherheitskräften nur so wimmelt und seelenruhig in ein Flugzeug steigen (ganz abgesehen davon, dass sie wohl kaum das Geld für ein Flugticket haben). Und frischfröhlich in die Schweizer Botschaft spazieren und dort ein Asylgesuch einreichen, wie dies SVP-Politiker vorschlagen, ist wohl auch kaum möglich. Verfolgten bleibt in aller Regel keine andere Wahl als ihre Heimat illegal auf dem Landweg zu verlassen.

Ohne Asyl und trotzdem da

Die SVP-Asylinitiative steht in ihrer Radikalität alles bisher gewesene in den Schatten – und löst dabei keines der Probleme, welche im Asylbereich durchaus existieren. Viele der in die Schweiz gekommene Menschen könnten auch nach einem Nichteintreten auf ihr Asylgesuch



nicht einfach weggewiesen werden. Zwar hat die Schweiz mit einigen Nachbarstaaten (mit Frankreich etwa) ein Rückübernahmeabkommen, doch diese Abkommen beinhalten, dass der andere Staat der Rückübernahme zustimmen muss. Solange dies Einzelfälle wie heute sind, ist das kein Problem. Aber warum sollten unsere Nachbarstaaten der Rückübernahme von Tausenden von Flüchtlingen zustimmen, nur weil die Schweiz auf keine Asylgesuche mehr eintreten will? Warum sollten die Nachbarstaaten die Kosten für unsere (Nicht-)Flüchtlingspolitik tragen?

Ein weiteres Problem ist, dass oft nicht klar ist, auf welchem Weg Asylsuchende in die Schweiz eingereist sind. Dies zu wissen, ist aber Voraussetzung, um sie ins entsprechende Land zurückzuschaffen. Rückführungen in ihre Herkunftsländer ist ebenfalls oft nicht möglich, entweder weil sie dort – im Falle der «echten» Flüchtlinge – an Leib und Leben bedroht sind oder aber weil sich mangels Papiere nicht feststellen lässt, aus welchem Staat die Flüchtlinge kommen. Das gilt insbesondere für jene, welche das Asylrecht bewusst missbrauchen wollen: Sie werden sich hüten, offen zu legen, auf welchem Weg sie in die Schweiz gekommen sind.

Die SVP-Initiative gaukelt vor, dass die Asylsuchenden nach ihrem Nichteintretensentscheid die Schweiz wieder verlassen müssten. Das Ge-

genteil ist war: Sie erhielten zwar kein Asyl mehr, da wären sie trotzdem.

Schluss mit humanitärer Tradition

Die Personen, auf deren Asylgesuch nicht eingetreten worden ist, die aber nicht rückgeschafft werden können, erhielten den Status von vorläufig aufgenommenen. Doch dieser Status ist in seiner Rechtswirkung unbestimmt und entspricht nicht der Genfer Flüchtlingskonvention. Sie verlangt, dass Personen, welche die Flüchtlingseigenschaften erfüllen – und darunter fällt jener Teil der «echten» Flüchtlinge, egal ob auf deren Asylgesuch nun eingetreten worden ist oder nicht – bezüglich Fürsorge und Erwerbstätigkeit gleich gut gestellt sein müssen wie die übrigen AusländerInnen im Land.

Fazit: Durch die Asyl-Initiative würden vor allem die «echten» Flüchtlinge getroffen, solche, die Schutz vor Verfolgung tatsächlich nötig haben. Denjenigen, welche das Asylrecht missbrauchen wollen, stünden aber weiterhin genügend Hintertürchen offen. Mit der Asyl-Initiative würde die Schweiz ihre humanitäre Tradition definitiv zu Grabe tragen, denn ein Land, welches nicht mal mehr bereit ist, zu prüfen, ob ein Mensch seines Schutzes bedarf oder nicht, darf sich wohl kaum mehr zu Recht humanitär nennen.

Eidgenössische Abstimmung: Nein zum Arbeitslosenversicherungs-Gesetz

Historischer Sozialabbau

Alle Jahre wieder kommt eine Revision des Arbeitslosenversicherungs-Gesetzes. So auch dieses Jahr. Neues bringt die Revision aber nicht: Erneut ist es vesuchter Sozialabbau auf dem Buckel von Jungen, WiedereinsteigerInnen und Älteren. Profitieren würden vor allem die Besserverdienenden. Darum hat auch diese Revision das Schicksal der letzten Revision verdient: Ein Nein an der Urne.

Von Sarah Eichenberger

Das eidgenössische Parlament hat drei einschneidende Verschlechterungen beim Arbeitslosenversicherungsgesetz beschlossen:

- Bei erstmaliger Erwerbslosigkeit wird die Hürde zum Bezug von Arbeitslosentaggeldern stark erhöht: In den zwei Jahren vor Eintritt der Erwerbslosigkeit muss eine Person neu mindestens während zwölf statt sechs Monaten unselbständig erwerbstätig gewesen sein, um überhaupt Arbeitslosenentschädigung zu erhalten.
- Für alle unter 55-Jährigen wird die Taggeldunterstützung von maximal 520 auf 400 Tage gekürzt.
- Alle GrossverdienerInnen werden von ihren Jahreseinkommen, die 106'800 Franken übersteigen, keinerlei Prämien mehr an die ALV abliefern müssen. Der zweiprozentige Beitragssatz auf den Jahreseinkommen von 106'800 bis 267'000 Franken wird ersatzlos gestrichen.

Mit diesem Sozialabbau würden 8 Prozent der Leistungen der Arbeitslosenversicherung gekürzt. Ein Sozialabbau in diesem Umfang ist historisch einmalig. Opfer sind die Betroffenen, ihre Angehörigen, die Kantone und Kommunen.

Keine Gründe für den Abbau

Warum ausgerechnet jetzt an der Arbeitslosenkasse herumgebastelt werden soll, ist nicht einsichtig: Die Finanzüberschüsse der ALV sind zur Zeit komfortabel. Im übernächsten Jahr kann der Beitragssatz für alle ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen von zusammen drei auf zwei Prozent gesenkt werden. Die von den bürgerlichen ParlamentarierInnen immer wieder vorgebrachten Missbrauchsvorwürfe gegen Erwerbslose sind in den letzten vier Jahre gründlich wiederlegt worden. Parallel zum Wiederan-



stieg der Arbeitsplätze ging die Erwerbslosigkeit kontinuierlich zurück. Und ein Leistungsabbau in einem Land, in dem die Firmen bei Massentlassungen zu keinerlei gesetzlichen Fürsorgeleistungen verpflichtet werden, ist unverantwortlich. Überhaupt müssten die ALV-Leistungen statt gekürzt gezielt ausgebaut werden, so etwa die Ausdehnung der Bezugsdauer für ältere Langzeitarbeitslose mit geringen Chancen für einen Wiedereinstieg.

Junge, WiedereinsteigerInnen und Ältere zahlen...

Die Verdoppelung der Mindestbeitragszeit von 6 auf 12 Monate vor erstmaliger Erwerbslosigkeit trifft in erster Linie Leute, die neu eine unselbständige Erwerbstätigkeit aufgenommen haben: z.B. junge (Hoch-)SchulabsolventInnen, WiedereinsteigerInnen, ehemalige Selbständigerwerbende, die erst kürzlich eine unselbständige Tätigkeit aufnehmen mussten. Die Letzten werden die Ersten sein: Wer zuletzt eingestellt wurde, wird zuerst rausgeworfen (siehe Swisair). Es gibt auch vom Versicherungsgrundsatz her keinen logischen Grund für die Verdoppelung der Mindestbeschäftigungsdauer: Weder die Krankenkassen, noch Unfall- und Krankentaggeldversicherungen kennen solch lange Karenzfristen bis sie Leistungen erbringen.

Die Kürzung der maximal möglichen Taggeldunterstützung von 520 auf 400 Tage geht auf Kosten Erwerbsloser zwischen 40 und 54 Jahre. Damit läuft fast jede fünfte erwerbslose Person in diesem Alter Gefahr, vorzeitig den Schutz durch die Arbeitslosenversicherung zu verlieren. Diese

Kürzung der Bezugsdauer ist hinterhältig: Denn parallel zur Ausdehnung der maximal möglichen Bezugsdauer der ALV-Taggeldzahlungen, die in den 90er Jahren vorgenommen wurde, haben praktisch sämtliche Kantone ihre Arbeitslosenhilfen für Ausgesteuerte ersatzlos abgeschafft.

...Grossverdiener profitieren

Das Parlament hat mit der Revision zudem eine Lohnerhöhungen für GrossverdienerInnen auf Kosten der Erwerbslosen beschlossen: Die ersatzlose Streichung des sogenannten «Solidaritätsbeitrags» der GrossverdienerInnen an die Ar-

beitslosenversicherung beschert diesen eine Lohnerhöhung. Gegen den Willen von Bundesrat und der Ratslinken scheute sich das Parlament nicht zu dieser Tat – ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo die Spitze des Eisbergs, die schamlose Bereicherung einzelner ManagerInnen und VerwaltungsrätInnen, zu Tage tritt. Mit der Streichung des «Solidaritätsbeitrags» werden der ALV ca. 135 Mio. Franken Einnahmen entzogen. Es gibt keinen logischen Grund, weshalb nicht sämtliches Einkommen zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung herangezogen werden soll – nach dem Vorbild der AHV: auch auf Jahreseinkommen, die 106'800 Franken übersteigen, auch auf Bonuszahlungen, Aktienoptionen, Dividenden, Tantiemen etc., mit denen ManagerInnen und VerwaltungsrätInnen überschüttet werden.

Die wenigen, kleinen Verbesserung, welche das Gesetz beinhaltet (so etwa die Verlängerung der Bezugsdauer bei Krankheit von 30 auf 40 Tage) wiegen den Sozialabbau bei weitem nicht auf. Nur mit einem Nein an der Urne kann dieser historische Sozialabbau verhindert werden.

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610 USTER

TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

Inserat

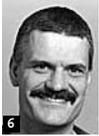
Jenseits von Gemeinde- und Stadtrat

Who is who in der SP Uster



Geschäftsleitung

1 Crista D. Weisshaupt (*1954) lebt in Kirchner, arbeitet als Assistentin in einer Personal- und Unternehmensberatung und gehört dem Vorstand seit Mai 2001 an. Von 1990 bis 1994 gehörte sie dem Gemeinderat an, von 1991 bis 1999 dem Zürcher Kantonsrat. Nebenbei war sie im VPOD und Gewerkschaftsbund Zürich Oberland, in der Bezirkspartei sowie den SP Frauen aktiv. **2 Marc Meyer** (*1962) wohnt im Ustermer Zentrum und ist Architekt HTL. Als solcher gehört er auch zur SP-internen Arbeitsgruppe, welche die geplante Entwicklung im Kern Uster für die SP kritisch begleitet. Er gehört dem Vorstand der SP Uster seit 1998 an und ist seit 1999 zudem Präsident des «Vereins Jugend- und Freizeithaus Uster». **3 Elisabeth Schlegel-Meisser** (*1957) gehört dem Vorstand seit Mai 2002 an und hat das Amt der Kassierin übernommen. Sie ist von Beruf Buchhalterin und lebt mit ihren zwei Kindern im Gschwader. Von 1987 bis 1995 war sie Mitglied der Gesundheitsbehörde.



Vorstand

4 Lydia Hässig (*1960), gehört dem Vorstand seit Mai 2002 an. Sie studierte auf dem zweiten Bildungsweg Geschichte und Philosophie und unterrichtete an der Berufsschule Uster. Seit 1996 ist sie Co-Präsidentin der SP-Arbeitsgruppe «Schule und Bildung» und hat das Schulleitbild der SP Uster mitverfasst. 1994 bis 1998 war sie Gemeinderätin und hat sich u.a. mit Schul- und Einbürgerungsfragen befasst. Sie lebt im Rehbühlquartier und ist Mutter zweier Kinder. **5 Lennie Overdulve** (*1950) ist seit 1998 im SP-Vorstand. Die gebürtige Holländerin lebt in Wermatswil, arbeitet als Heilpädagogin und ist seit April 2002 Mitglied des Gemeinderates. **6 Kurt Hemmann** (*1959) Kurt Hemmann wohnt mit seiner Familie in Wermatswil und arbeitet als Primarlehrer (ISF) in Grüningen. Er engagiert sich ausserdem im VCS und pflegt als Hobby das Velo fahren und Chorsingen. **7 Martin Zwysig** (*1962) lebt mit seiner Familie in einem Minergiehaus am Talweg in Oberuster. Als Hausmann betreut er seine drei Kinder. In seiner freien Zeit repariert er Computer. Dem Vorstand gehört er seit 2000 an und ist zuständig für die Adressverwaltung.



Primarschulpflege

8 Lilo Baschung (*1960) ist Mutter zweier Kinder und seit 2001 Mitglied der Primarschulpflege. Sie ist Betriebsökonomin FH und bildet sich zur Zeit am Institut für Individualpsychologie weiter. **9 Walter Brügel** (*1954) ist Vater zweier Kinder und seit 2002 Mitglied der Primarschulpflege. Er ist Psychologe FSP, teilt sich mit seiner Partnerin Familien- und Lohnarbeit und arbeitet deshalb als Erwachsenenbilder Teilzeit. **10 Vera Dubs** (*1955) ist Mutter zweier Kinder und seit 2001 Mitglied der Primarschulpflege. Als ausgebildete Pädagogin und als Mutter einer behinderten Tochter, die die Heilpädagogische Schule Uster besucht, ist sie mit den speziellen Problemstellungen behinderter Kinder im Schulbereich besonders vertraut. **11 Rosmarie Gartmann** (*1951) ist Familienfrau, Mutter dreier Kinder und seit 1998 Mitglied der Primarschulpflege. Seit 2001 gehört sie auch



dem Gemeinderat an und schafft so eine wichtige Verbindung zwischen SP-SchulpflegerInnen und SP-Gemeinderatsmitgliedern. **12 Michael Mesmmer** (*1951) ist Vater einer inzwischen erwachsenen Tochter und seit 2002 Mitglied der Primarschulpflege. Er ist ausgebildeter Sozialpädagoge und Supervisor mit vielen Jahren Berufserfahrungen in der stationären und teilstationären Jugend- und Freizeithilfe. **13 Anna-Pitschna Parli** (*1960) ist Mutter zweier Kinder und seit 2002 Mitglied der Primarschulpflege. Sie teilt die Familienarbeit mit ihrem Ehemann und arbeitet teilzeitlich beim Sozialdepartement der Stadt Zürich. **14 Christoph Rusch** (*1964) ist Vater dreier Kinder und seit 2002 Mitglied der Primarschulpflege. Er arbeitet als selbständiger Wirtschaftsinformatiker. Als Vater eines schwerstbehinderten Sohnes, ist er mit den speziellen Problemstellungen behinderter Kinder im Schulbereich besonders vertraut.

Oberstufenschulpflege

15 Monika Ammeter (*1958) ist Mutter zweier Kinder und seit 1998 Mitglied der Oberstufenschulpflege. Da sie Familien- und Lohnarbeit mit ihrem Ehemann teilt, ist sie zudem teilzeitlich als Buchhalterin tätig. **16 Maya Hüsler** (*1967) ist Mutter zweier Kinder und seit 2002 Mitglied der Oberstufenschulpflege. Neben der Familienarbeit unterrichtet sie ein Teilpensum an der Freien Katholischen Sekundarschule in Zürich. **17 Dirk Plöschinger** (*1966) ist Vater zweier Kinder und seit 2002 Mitglied der Oberstufenschulpflege. Er ist gelernter Koch, teilt sich Familien- und Hausarbeit mit seiner Partnerin und arbeitet deshalb teilzeitlich im Gastgewerbe. **18 Silvana Sperduto** (*1972) ist Studentin an der Uni Zürich und seit 2000 Mitglied der Oberstufenschulpflege. Nebst dem Studium arbeitet sie als kaufmännische Angestellte und engagiert sich als Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen der Stadt Uster.

Sozialbehörde

19 Martin Bornauser (*1950) wohnt mit seiner sechsköpfigen Familie in Nänikon. Von 1985 bis 1991 gehörte er dem Gemeinderat an, von 1991 bis 2002 dem Kantonsrat. Seit 2002 ist er Mitglied des Stadtrates. Als Vorsteher der Abteilung Soziales amtet er gleichzeitig als Präsident der Sozialbehörde. **20 Bruno Schwarz** (*1948) ist Vater einer Tochter und ist seit 2002 Mitglied der Sozialbehörde. In den 80er Jahren und von 1998 bis 2002 gehörte er der Fürsorgebehörde an. Er arbeitet als Schulleiter einer Berufsschule für KleinkindererzieherInnen in Zürich. **21 Beatrice Jungholz** (*1946) ist Mutter zweier erwachsener Kinder und seit 2002 Mitglied der Sozialbehörde. Von 1992 bis 2000 gehörte sie dem Gemeinderat an, von 1998 bis 2002 der Vormundschaftsbehörde. Sie arbeitet als selbständige Supervisorin.

Ref. Kirchenpflege

22 Regula Eschle (*1962) ist Mutter von vier Kindern und ist seit 1998 Mitglied der reformierten Kirchenpflege. Sie ist ausgebildete Juristin und teilt sich die Familien- und Hausarbeit mit ihrem Ehemann. Seit 1999 ist sie zudem Mitglied der reformierten Kirchensynode.

Veranstaltungskalender

FORUM-TIP

10.11. Kino: SONNENALLEE

19 / 21 h Kino Qtopia. Braschlergasse
Leander Haussmann D 1999, D 94'



Berlin, Anfang der 1970er Jahre: die Sonnenallee ist eine geteilte Strasse, deren längerer Abschnitt im Westen liegt. Der 17-jährige Micha und seine Freunde wohnen allerdings im kürzeren Teil - gleich hinter der Mauer. Auf dem Weg zum Erwachsenwerden müssen sie sich mit allerlei Dingen herumschlagen: ihren "Abschnittsbevollmächtigten", der Verwandtschaft aus dem Westen und der ersten grossen Liebe. Frech und provokativ zeichnet Leander Haussmann mit seinem Kinoerstling einen Sonnenkringel auf der offiziellen Schattenseite der DDR, ohne dabei dem nostalgischen Lamento zu verfallen.

17.11. Kino: Q - Begegnungen auf

Q - BEGEGNUNGEN
AUF DER MILCHSTRASSE
19 / 21 h Kino Qtopia. Braschlergasse
Jürg Neuschwander CH 2000
D/F d/f 94'



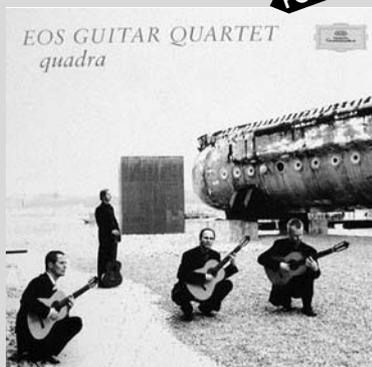
Drei Viehzüchter und Milchbauern aus Mali und Burkina Faso reisen in die Schweiz zu drei Berufskollegen. Zurück in ihrer afrikanischen Heimat berichten sie von ihren Erfahrungen im Alpenland. Wo ist das Vertraute im Fremden, wo das Fremde im Vertrauten? Im Wechsel der Perspektiven geraten in Jürg Neuschwanders Dokumentarfilm gängige Vorstellungen von Kuh und Milch, Markt und Fortschritt, Mensch und Natur in Bewegung. Markante Persönlichkeiten, die mit Eigensinn und Phantasie die Herausforderungen der Gegenwart anpacken, finden dabei ihren Draht zueinander.

21.11. EOS GUITAR QUARTET

20.00 Uhr Jazzcontainer Uster

Das EOS GUITAR QUARTET mit Marcel Ege, Martin Pirktl, David Sautter (Uster) und Michael Winkler (Uster) gehört zu den profiliertesten Ensembles seiner Art

Es ist als einziges europäisches Gitarrenquartett regelmässig zu Gast an den wichtigsten Festivals in Europa und Südamerika. Dank seiner musikalischen Bandbreite gelingt es dem Eos Guitar Quartet, nicht nur innerhalb von renommierten klassischen Konzertzyklen, sondern auch an Jazzfestivals und als Vorgruppe grosser Pop-Ikonen wie Eric Clapton und Elton John aufzutreten. Überall dort, wo Musik ausserhalb gängiger Kli-



schees von E und U gefragt ist. Auf der Mitte Oktober bei der Deutschen Grammophon erscheinenden CD sind Welt-Ersteinspielungen - eigens für das Schweizer Ausnahme-Ensemble geschriebene Werke - zu hören.

Wer das Konzert verpasst, hat eine 2. Chance am 11. Dezember 2002, um 19.30 Uhr in der Helferei Grossmünster in Zürich
mi.winkler@guitarquartet.ch
www.guitarquartet.ch

24.11. Abstimmungswochenende

Parolen auf Seite 8

24.11. Kino - ESCAPE TO PARADISE

19 / 21 h Kino Qtopia. Braschlergasse
Nico Jacusso CH 2001, D 90'



Sehmuz, seine Frau Delal und ihre drei Kinder haben sich aus der Türkei in die Schweiz gerettet. Vorübergehend kommen sie im Asylzentrum unter, mit Flüchtlingen aus Afrika und Osteuropa, die dem Alltag trotz Narben und Alpträumen komische Seiten abgewinnen können. Doch ihre Schicksale klingen nicht echt genug für die Asylbehörden, behauptet Sehmuz' kurdischer Landsmann Aziz. Er schickt Sehmuz zu einem Schweizer (Walo Lüönd), der ihnen eine glaubwürdige Geschichte erfindet. Nico Jacusso lässt reale Personen in einer aus ihrem Leben gegriffenen Story vor der Kamera agieren.

28.11. Kino - SUPER 8 STORIES

20 / 22 h Kino Qtopia. Braschlergasse
Emir Kusturica, D/I 2000Orig.,d/f 91'

Ein Dokumentarfilm, der über Musik spricht.



FORUM-TIP

Musik, die über eine Welt spricht - die wilde, ver-rückte, kreative, dramatische Welt des Balkans.

Der Film verfolgt die Ursprünge dieser rasenden und unwiderstehlichen Musik, die manche Balkanpunk nennen. Musik, die durch die Filme von Emir Kusturica, insbesondere CHAT NOIR, CHAT BLANC bekannt und beliebt wurde. Protagonist des Films ist die Punkband NO SMOKING ORCHESTRA, die vor zwanzig Jahren "als alles noch bevorstand" in Sarajevo gegründet wurde. Wie eine Zigeuner-Karawane haben die Musiker - ohne den Schutz der einen oder anderen Seite zu suchen und ohne Partei zu ergreifen - alle Tragödien in der Geschichte dieser Region durchlebt. Der Erzähler und der Mann hinter der Geschichte ist Emir Kusturica. Einer wilden Horde von musikalischen Zigeunern gleich, die Rock 'n' Roll, Punk, Polka und den Folk des Balkan mit Teufelsgeigen und Blechbläsern mischen, hat die Band inzwischen einen ähnlichen Kultstatus wie die Leningrad Cowboys erreicht. Aus der bunten Collage von privaten Super-8 Filmen, Fernseharchivbildern und den Konzertmitschnitten entstand nicht nur ein mitreißender Musikfilm, sondern auch die Geschichte des zerrütteten Balkans.

FORUM-TIP

28.11. Kino - EMIL UND DIE DETEKTIVE

16 h Kino Qtopia. Braschlergasse
Franziska Buch, D 2000, D 110'

Aktuelles Kino für Kinder während des Uster Märts! Was Erich Kästner wichtig war, kann Franziska Buch bei ihrer Neuverfilmung des Kinderbuchklassikers von 1929 nur billig sein: der Wunsch, dass zeitgenössische Kinder sich wiedererkennen sollen. Deshalb reist Emil nun als Ossi ins heutige Berlin. Beklaut wird er von einem blondierten Lederjacketträger (Jürgen Vogel), und bei den Skateboard fahrenden Detektiven dürfen auch Mädchen den Ton angeben. Buchs Ansatz jedenfalls hat funktioniert: Der neue "Emil" ist bei den Kids bestens angekommen.

29.11.2 Kino - EMIL UND DIE DETEKTIVE

16 h Kino Qtopia. Braschlergasse
Franziska Buch, D 2000, D 110'

29.11. Kino - SUPER 8 STORIES

20 / 22 h Kino Qtopia. Braschlergasse
Emir Kusturica, D/I 2000Orig.,d/f 91'

Inserat



ÖPFELBAUM

Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

Montag	vormittag geschlossen	14.00-18.30
Di-Fr	9.00-12.30	14.00-18.30
Samstag	9.00 durchgehend bis	16.00

IL SECONDO PILASTRO: Il Consiglio federale abbassa il tasso d'interesse

Manifestazione a Berna

Siamo partiti, un sabato mattina, in tre alla volta di Berna. Avevamo deciso in Consiglio che saremmo stati noi a rappresentare la Colonia di Uster alla grande manifestazione indetta dai sindacati per protestare contro la diminuzione di un punto (poi ridotto al 3,25%) del tasso d'interesse del secondo pilastro.

CLAUDIO MARSEGLIA

Già alla stazione ferroviaria di Uster ci siamo accorti che non sarebbero state poche le persone che avrebbero raccolto l'invito sindacale a manifestare contro la decisione del Governo svizzero; c'erano un bel po' di persone rappresentanti tutte le nazionalità, si sentiva parlare in italiano, spagnolo, portoghese, slavo, svizzero, etc. Un fiume di gente che, alla stazione successiva, s'ingrossava fino a diventare, a Zurigo, una moltitudine capace di riempire i treni straordinari istituiti per l'occasione dalle ferrovie federali. L'organizzazione sindacale è stata all'altezza delle tradizioni svizzere (di questi tempi è già una rarità), perfetta nei dettagli, fino al punto di distribuire panini, frutta e bevande gratis, oltre a pagare il biglietto ferroviario!

Mai vista tanta gente a Berna! La piazza era colma di gente festosa ed in egual misura indignata per qualcosa che ritenevano un vero furto che il sistema, con la complicità del Governo Federale, perpetrava ai danni di quanti nel corso degli anni hanno sostenuto la società svizzera. C'erano operai, pensionati, gente afflitta da vari problemi fisici più o meno gravi. La manifestazione si concludeva sotto un acquazzone, con la gente che accoglieva l'invito degli oratori a sciogliere l'assemblamento ed a rifluire verso la stazione ferroviaria e ritornare ai rispettivi domicili.

Il resoconto dei fatti

Facciamo un rapido resoconto di quanto ha preceduto e quindi provocato la manifestazione sopra descritta: Il 3 luglio scorso il Governo, accogliendo l'invito degli amministratori delle Casse Pensioni, annuncia di volere abbassare il tasso d'interesse minimo dal 4% al 3% a partire dal 1. ottobre; in una seduta successiva il regime farà una parziale marcia indietro fino a fissare al 3,25% a partire dal gennaio successivo. Si è arrivati a questa decisione perché l'indice di Borsa ha subito una flessione di oltre il 14% ed il mercato delle obbligazioni a 10 anni è sceso dal 3,6% al 3,2%.

La Confederazione ha specificato che intende aumentare il tasso non appena la situazione economica-congiunturale lo permetterà, parole del Ministro delle Finanze Kaspar Villiger. In futuro il Governo intende adottare precisi criteri per fissare un tasso d'interesse minimo. Essi sono: l'evoluzione del tasso d'interesse delle obbligazioni della Confederazione, il rendimento delle azioni e degli immobili, il tasso d'inflazione e la situazione finanziaria delle istituzioni di previdenza; si tratta, secondo il Consiglio Federale, di garantire la flessibilità del tasso, sia verso l'alto che verso il basso. Ci sono state parecchie polemiche in merito a questa decisione; ci si è chiesto perché i costi amministrativi sono più alti di quelli dell'AVS e, ci sono sensibili differenze tra compagnie private e fondazioni collettive (circa 300 franchi per assicurato!), dove sono finiti gli enormi guadagni fatti in Borsa negli anni scorsi?

Ci sarebbero una moltitudine di domande che innescherrebbero, a loro volta, innumerevoli risposte, lasciando libero lo spazio al dubbio che sia l'ennesimo tentativo dei padroni del vapore, di mettere le mani sui risparmi dei lavoratori!

Il quesito è: Quando la sinistra tornerà a difendere veramente il più debole?

**Assemblea generale della CLI,
Colonia Libera Italiana di Uster
Venerdì 22 novembre 2002
ore 20.00**

presso il Centro Italiano di Uster,
Bankstrasse 42

Ordine del giorno:

1. Elezione del presidente di giornata
2. Elezione del verbalista
3. Relazione del presidente uscente
4. Relazione del cassiere
5. Saluto di un membro della federazione
6. Saluto delle associazioni presenti
7. Libero dibattito
8. Elezione del presidente
9. Elezione del nuovo consiglio
10. Elezione dei revisori dei conti
11. Varie

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

www.forumonline.ch

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 9600

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.-

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza,

Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo

Fabbrica Italiana Automobili Torino

La crisi della Fiat

Sulla crisi della Fiat pubblichiamo due articoli rilasciatici per gentile concessione da «L'avvenire dei lavoratori», periodico socialista di politica, economia e cultura.

La crisi della Fiat: intervenire sulla proprietà

Di Cesare Salvi (Ds, vicepresidente del Senato) e Pierpo Di Siena (deputato)

E' ormai purtroppo evidente che, senza un drastico cambiamento di rotta, la crisi della Fiat è destinata a concludersi con la scomparsa dell'industria dell'auto in Italia, con drammatiche conseguenze sul piano sia dell'occupazione sia della qualità dello sviluppo del sistema Italia. Il nodo è la proprietà. L'acquisizione del controllo da parte della General Motors darebbe il colpo di grazia. Altra cosa è l'esigenza di un'integrazione internazionale, che tuttavia assuma un forte ruolo della produzione nel nostro Paese. A tal fine, è ineludibile ripensare all'assetto proprietario della Fiat, senza escludere le più diverse soluzioni comprese, come in altri paesi, una presenza pubblica (si pensi alla Renault e alla Volkswagen). Essenziale è che l'intervento pubblico non si traduca, per l'ennesima volta, in un sostegno al patrimonio degli attuali proprietari, senza alcuna garanzia per i lavoratori e per il sistema Italia.

Molinaro sulla crisi Alfa Romeo

Comunicato Stampa
Crisi Alfa Romeo: Regione, Provincia e Comune facciano proposte.

«L'ipotesi di chiusura dell'attività produttiva dell'Alfa Romeo - dice Valter Molinaro, consigliere Ds - significa la fine di un pezzo importante della storia di Milano. E' la fine di un grande gruppo che con il passaggio alla Fiat ha perduto autonomia, identità e ruolo. La scelta della Fiat negli ultimi 10 anni non è stata di rivalutare, ma di annullare il patrimonio storico e culturale di Alfa Romeo, riconosciuto forse più fuori dai confini nazionali che in Italia.»

«Oggi l'unica possibilità di rilancio di Alfa Romeo sta nelle capacità della Fiat di legarsi con i processi di sviluppo che si stanno realizzando al nuovo Politecnico della Bovisa, con il mondo della cultura e del design industriale che hanno a Milano la loro capitale teorica, tecnica e culturale. Il rilancio può partire solo dal recupero dell'identità milanese e italiana del marchio.»

«La crisi della Fiat è una crisi di produzione, qualità e strategia.»

«L'Italia paga oggi proprio l'incapacità dell'azienda di essere leader nel mondo dell'innovazione. La Fiat ha fatto l'errore di esaurire il suo rapporto con Milano che è la capitale del design e dell'innovazione. Ora la sua unica possibilità è di cercare di riallacciare questo rapporto. E in questo contesto l'Alfa Romeo può riavere il ruolo che le spetta per storia e collocazione geografica.»

«Regione, Provincia e Comune sono rimaste per anni inerti a guardare il progressivo depauperamento del patrimonio industriale di Arese. Oggi non possono limitarsi a dire che l'Alfa Romeo non deve chiudere. E' necessario che sviluppino una strategia per la quale devono collaborare con le istituzioni di ricerca milanesi. L'industria automobilistica lombarda non chiude solo se resta al centro della produzione strategica e industriale di Fiat. Compito delle istituzioni è favorire la nascita della rete di collaborazione con i centri di ricerca e di design per il rilancio del marchio.»

«Al momento però - conclude Molinaro - Regione Provincia e Comune non sono in nessun modo soggetti propositivi, non hanno una strategia comune e ognuno procede per conto proprio. Non riescono a essere uniti. Nonostante l'omogeneità politica manca un coordinamento che dia loro forza e capacità progettuale.»

L'euro e la lira in vacanza

Per molti le meritate vacanze sono finite e per altri dovranno incominciare, però le sorprese per il 2002 continueranno a far parlare molti connazionali e giornali come anche i pochi stranieri che hanno visitato la nostra bella Italia. Dobbiamo ammettere che siamo stati intrappolati nella nostra fantastica e promessa EUROLANDIA, credo che molti di voi cari connazionali avranno avuto modo di rilevare personalmente che le belle vacanze ai tempi della vecchia lira non sono equivalenti a quelle di oggi con l'euro.

Italo Conte

Effettivamente, guarda caso, quest'estate avevo deciso di fare delle vacanze differenti dal solito, girando qua e là per l'Italia. Confrontando l'euro con la lira però i miei conti non tornavano, malgrado mi sforzassi di fare bene tutti i calcoli. Magari uno stupido esempio non vi interessa, però proprio di qua si incomincia a notare che il rapporto che c'era una volta con la lira non esiste più:

Mi trovavo a mangiare in un ristorante che da molti anni frequentavo ogni estate e ricordavo con molta sicurezza che l'anno precedente avevo ordinato una bella bottiglia di vino toscano, Cantina Antinori per l'esattezza, pagandola lire 20.000. Quest'anno l'amara realtà è stata che per la stessa bottiglia mi sono trovato sulla mia ricevuta 18.00 euro, a questo punto lascio a voi trarre le conclusioni.

Le famose offerte «tutto a lire 1000» sono state convertite esattamente a «tutto a un 1 euro».

Un altro argomento di cui si sentiva parlare nei piccoli paesi del meridione è stata la pensione 2002 con la nuova moneta in euro. Parlando con molti pensionati il 99% si lamentava che la pensione, in molti casi abbinata ad una reversibilità, non bastava a fine mese. Vi voglio ricordare che una pensione media con versibilità è di circa 700 euro.

Il pensionato è costretto ancora oggi a pensare e calcolare in lire per rendersi conto di quanto verrebbe a costare il suo prodotto, dopodiché decide se comprare o no. Sinceramente non ha via di scampo: Tocca anche a lui acquistare la spesa settimanale prima o poi, con l'amara realtà che fine mese si ritrova con pochi spiccioli o per meglio dire centesimi.

Auguro nel futuro a tutti i connazionali buone e fortunate euro-vacanze.

Assemblea generale CLI Uster

Relazione delle nostre attività

Il 23 novembre prossimo si svolgerà l'assemblea generale della Colonia Libera Italiana di Uster. Sarà un'occasione per ritrovarci con i nostri soci, dare uno sguardo alle nostre attività svolte in quest'anno sociale, discutere e proporre cosa si dovrà fare in futuro. Questa la relazione che sarà presentata all'assemblea generale.

Valerio Modolo

Ogni anno in questo periodo ci ritroviamo per fare un resoconto delle nostre attività, quest'anno, a differenza del 2001, ci troviamo in piena crisi economica, arrivata quasi improvvisamente e inaspettatamente con l'inizio dell'anno. Molte industrie lavorano ad orario ridotto, altre hanno ridotto il personale. Nonostante le previsioni degli esperti, che pronosticavano una ripresa nel secondo semestre di quest'anno, non si intravede un miglioramento della situazione economica. Le persone più colpite sono quelle di una certa età e che non hanno una qualificazione. Oggi purtroppo si richiede personale qualificato, disposto a frequentare corsi di perfezionamento e che abbia la dovuta flessibilità, è comprensibile quindi, che molte persone anziane incontrino molte difficoltà con i nuovi sistemi di lavorazione e le esigenze di molti datori di lavoro. Molti connazionali hanno visto inoltre sfumare, con l'entrata in vigore degli accordi bilaterali, la possibilità di rientrare in Italia e avere la pensione di anzianità con il trasferimento dei contributi AVS, per ora non è ancora chiaro se ci sarà una proroga di cinque anni. Si assiste anche qui in Svizzera ad uno smantellamento dello stato sociale, si alza l'età pensionabile, si prevede di ridurre le prestazioni per le vedove, si rimettono in discussione accordi già sottoscritti (prepensionamento a 60 anni per i lavoratori dell'edilizia), le assicurazioni che gestiscono le casse pensioni intendono ridurre con l'appoggio del governo gli interessi minimi dal 4 al 3.25 per cento sui fondi di cassa pensione. Per questo ultimo punto c'è la giustificazione che i tassi di interesse sono bassi, il crollo delle borse che ha messo in crisi molte compagnie di assicurazione, dovrebbero però spiegare cosa ne è stato dei super guadagni avuti in passato, quando i mercati azionari erano relativamente tranquilli e gli investimenti rendevano molto, allora non hanno pensato di aumentare il tasso di interesse. Si potrebbe parlare a lungo anche della situazione italiana, dove il governo a tutto pensa fuorché a fare gli interessi dei cittadini. Ma ormai siamo stufo della sceneggiata della politica italiana, dove anche l'opposizione ha le sue responsabilità. Parliamo piuttosto delle nostre attività a livello locale che ci toccano più da vicino e sono indirizzate ai bisogni delle persone.

Attività particolari a livello locale

In febbraio abbiamo organizzato una serata informativa sull'Euro, la nuova moneta europea, entrata in circolazione nei vari paesi con l'inizio del 2002. Vi fu una discreta partecipazione di persone interessate che hanno partecipato attivamente alla discussione dopo la relazione introduttiva di Gianni Gretti.

In aprile abbiamo organizzato in collaborazione con altre CLI dell'alto zurighese e con l'associazione per la protezione degli inquilini di Zurigo,

un corso di formazione sui diritti dei locatari. Il corso si è svolto in due sabati pomeriggio ed è stato molto interessante per gli attivisti delle CLI che ora sono in grado di offrire informazioni supplementari ai locatari.

In giugno come è consuetudine ogni due anni, abbiamo partecipato alla Bachgassfest, che ha avuto un grande successo di partecipazione grazie al bel tempo e alle gustose tagliatelle e pizze che avevamo preparato. A questa festa partecipiamo volentieri, soprattutto perché è una festa multiculturale, aperta a tutte le associazioni. Cogliamo l'occasione per ringraziare tutte le persone che hanno collaborato alla buona riuscita della festa, senza il loro aiuto non saremo stati in grado di organizzarla.

In ottobre abbiamo organizzato in collaborazione con l'INCA una serata informativa sulla situazione previdenziale italiana e svizzera e sulla cassa pensione e gli sviluppi attuali. Il relatore Salvatore Loiarro de l'INCA-CGIL di Zurigo ha potuto rispondere con competenza alle numerose domande dei presenti.

Queste sono le attività particolari svolte quest'anno, ce ne sono altre che svolgiamo regolarmente ogni anno.

Le attività regolari durante l'anno

Assistenza INCA ogni sabato dalle ore 9.00 alle 11.00 con pratiche pensionistiche, controllo contributi, compilazione tasse e vari servizi che vanno incontro ai bisogni della gente. Riteniamo che sia un servizio importante per molta gente che altrimenti non saprebbe dove rivolgersi.

Forum, il nostro periodico che facciamo da anni con il partito socialista svizzero. Ci impegna molto e non sappiamo quanto venga letto dai nostri connazionali, ma riteniamo importante collaborare con un partito di governo svizzero, che ha sempre dato ascolto alle nostre richieste e si è sempre dimostrato disponibile nei nostri confronti. Siamo noi che manchiamo non avendo le persone adatte.

Inoltre mettiamo a disposizione la sala per la corrispondenza consolare ogni mercoledì. Di questo servizio usufruiscono anche molti stranieri per informazioni, visti ecc..

Ogni giovedì ha luogo nella nostra sede la consulenza giuridica con informazioni per gli inquilini, compilazione tasse ecc.. Questo servizio è svolto dall'Unione operaia, che comprende un gruppo di associazioni di cui facciamo parte anche noi.

Appello alla nuova generazione

Questo il lavoro svolto quest'anno non senza sacrifici, in quanto le nostre forze sono limitate. Pur trattando temi attuali e di interesse generale nelle nostre serate informative non possiamo nascondere la nostra delusione per la scarsa partecipazione dei nostri connazionali. Abbiamo cercato la collaborazione con le altre associazioni come nella serata sull'EURO senza molto successo dal lato partecipazione. Lo faremo anche in futuro, è nello spirito della nostra associazione collaborare con tutti. Dovremo anche riflettere su come andare avanti e su cosa fare in futuro. Forse abbiamo bisogno di nuovi attivisti e di nuove idee. Questo è un appello che inviamo ogni anno alle nuove generazioni. Speriamo che quest'anno qualcuno accolga il nostro invito.

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera
Italiana

www.forumonline.ch

No. 214 Novembre 2002

La crisi della Fiat



P.P. Uster